

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum
81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

**Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (I)
Bayern-Offensive: 800 Millionen Euro Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Brücke zum nächsten Aufschwung bauen – den Menschen helfen, nicht nur den Banken!

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt – deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

2. Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung im kommenden Staatshaushalt

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- das Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung bereits in ihren Entwurf des Doppelhaushalts 2009/2010 aufzunehmen, damit im Jahr 2009 die gesamtwirtschaftli-

chen Nachfrage erhöht, die konjunkturelle Entwicklung in Bayern gestärkt und Arbeitsplätze im Freistaat gesichert und geschaffen werden,

- den Entwurf des Doppelhaushalts 2009/2010 noch in diesem Jahr im Bayerischen Landtag einzubringen, damit der neue Doppelhaushalt so früh wie möglich verabschiedet werden kann, schnell klare Rahmenbedingungen für alle Akteure vorliegen und das Sonderprogramm rasch greifen kann,
- umgehend zu prüfen, welche Haushaltssperren aufgrund der Steuermehreinnahmen in Höhe von einer halben Milliarde Euro noch in diesem Jahr vor allem bei den Investitionen aufgehoben werden können, um schon jetzt zusätzliche Impulse zu setzen.

3. Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

Konkret soll mit dem Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Bayern durch folgende Maßnahmen erhöht werden:

- das Vorziehen mittelfristig geplanter staatlicher Investitionen,
- echte zusätzliche staatliche Investitionen,
- Erleichterung kommunaler Investitionen durch Erhöhung der investiven Mittel der Kommunen,
- gezielte Hilfen für die von der Rezession besonders betroffenen Branchen.

4. Schaffung zusätzlicher Impulse: 800 Millionen Euro Sonderprogramm im Jahr 2009

Besonders wirksam zur Schaffung spürbarer und wirksamer ökonomischer Impulse sind folgende Bereiche, in denen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden:

- Hochschulbau und Hochschulsanierung: zusätzlich 200 Millionen Euro
- Bau und Sanierung von Schulen: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Unterhalt und Bau von Staatsstraßen: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Wohnungsbau: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Hochwasserschutz: zusätzlich 30 Millionen Euro
- Energetische Sanierung von staatlichen Gebäuden: zusätzlich 30 Millionen Euro
- Landesplan für Altenhilfe: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Landesbehindertenplan: zusätzlich 30 Millionen Euro
- Mittel aus der Kfz-Steuer für die kommunale Infrastruktur: zusätzlich 100 Millionen Euro
- Sanierung kommunaler Bäder: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Krankenhausfinanzierung: zusätzlich 100 Millionen Euro
- Dorferneuerung und Städtebauförderung: zusätzlich 40 Millionen Euro
- Mittelstandskreditprogramm: zusätzlich 20 Millionen Euro
- Hilfen für den Mittelstand bei Liquiditätsschwierigkeiten: zunächst keine Kosten

5. Finanzierung

Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayr	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Über dieses Programm hinaus, in dessen Mittelpunkt die Ausweitung der Investitionen steht, sollte auch der private Konsum zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

gestärkt werden. Das kann in Bayern landesgesetzlich in folgenden Bereichen geregelt werden:

- Kostenfreie Kinderbetreuung, um auch die finanzielle Situation junger Familien zu verbessern,
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, um die Einkommen von Arbeitnehmern im Niedriglohnsektor anzuheben
- und Abschaffung der Studiengebühren, um Bildungsbarrieren abzubauen und die Studierenden finanziell zu entlasten.